

Datum: Tue, 1 Feb 2011

An: internetpost@bundeskanzlerin.de

Betreff: Ja zu Demokratie - nein zur Bespitzelung

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel,

die "Extremismuserklärung", die das BMFSFJ derzeit allen Trägern im Rahmen des Programms "Toleranz fördern - Kompetenz stärken" und des Programms "Initiative Demokratie stärken" abverlangt, stellt all diejenigen unter Generalverdacht, die sich täglich für praktizierte Demokratie und gegen Rechtsextremismus engagieren.

In der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus sind Misstrauen und Bespitzelungsaufforderungen gegenüber denjenigen, die demokratische Werte und Prinzipien vor Ort verteidigen demokratischeschädigend und kontraproduktiv. Wir fordern Sie daher auf, die Absätze 2 und 3 der so genannten "Demokratieerklärung" in den Zuwendungsbescheiden ersatzlos zu streichen.

"Ein tragfähiges Bekenntnis zur Demokratie kann nicht auf ordnungspolitischen Erwägungen basieren. Es setzt ein qualitatives, auf der Anerkennung der unteilbaren Menschenwürde beruhendes Demokratieverständnis voraus, in dem Unterschiede, Kritik und politische Auseinandersetzung nicht nur ausgehalten, sondern als Voraussetzung für eine gelebte, sich kontinuierlich weiter entwickelnde Demokratie begrüßt und gefördert werden."

Mit freundlichen Grüßen

A. Benzing